Überreicht von Verfasser
H, 1. 8. 1949.
J. Böser.

Vor 80 Jahren

Ein heimatgeschichtlicher Rückblick auf die Sturmjahre 1848/49

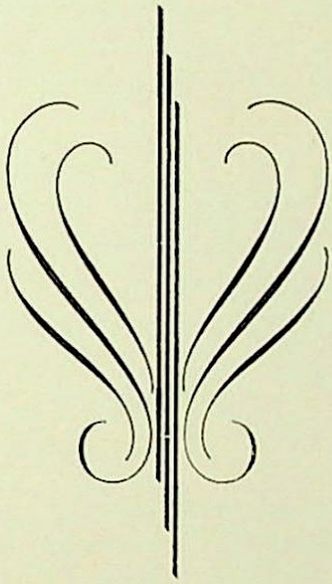
Von J. Böser in Höllstein

Sonderdruck des Oberländer Boten in Lörrach

Vor 80 Jahren

Ein heimatgeschichtlicher Rückblick auf die Sturmjahre 1848/49

Von J. Böser in Höllstein



Sonderdruck des Oberländer Boten in Lörrach

Im Jahre 1848 strebte das deutsche Volk nach **Freiheit und Einheit.** Der Deutsche wollte als Mensch und Staatsbürger frei sein. Er wollte frei denken, frei reden und frei schreiben können und wollte selbst mitbestimmen über sein Geschick; daher sein Streben nach konstitutionellen Verfassungen, nach Vereidigung von Militär und Beamtenschaft auf die Verfassung, nach Beseitigung der Pressezensur, nach Einführung von Schwurgerichten u. a. Dann aber wollten die Deutschen auch aus ihrer Zersplitterung herauskommen und alle deutschen Staaten sollten zu einem einigen Deutschland sich zusammenschließen; denn nur in der Einheit und Einigkeit sah man eine wirkliche Gewähr dafür, daß die Gefahr der Unterjochung, Beherrschung und Demütigung durch fremde Völker endgültig beseitigt sei.

Freiheit und Einigkeit war die Losung der Männer von 1848 und 1849. Sie wollten eine freiheitliche Verfassung und die Wiederherstellung der deutschen Reichseinheit. Freiheit und Einheit war auch die Losung der vom deutschen Volke gewählten Nationalversammlung, die am 18. Mai 1848 in der Paulskirche in Frankfurt a. M. zusammentrat, des sogenannten **Frankfurter Parlaments.**

Zwei Hauptwerke wurden daher von den Männern der Paulskirche geschaffen. Zunächst bauten sie mit echt deutscher Gründlichkeit und unerschütterlichem Idealismus in monatelangen Beratungen im Sommer und Herbst 1848 die **Grundrechte des deutschen Volkes** auf, um auf diesem Fundament der Rechtseinheit die Reichseinheit errichten zu können. Dann wurde auf diesen Grundrechten fußend eine **freiheitliche Verfassung** für das zu gründende großdeutsche Reich durchberaten und im Frühjahr 1849 fertiggestellt. Mit einer Mehrheit von 4 Stimmen wurde beschlossen, daß dieses neue Reich ein Kaiserreich sein solle, und am 28.

März 1849 wurde König Friedrich Wilhelm der Vierte von Preußen mit sämtlichen 290 abgegebenen Stimmen — 248 Mitglieder hatten sich der Wahl enthalten — zum Erbkaiser gewählt.

Doch der Erwählte lehnte die Kaiserkrone ab, weil sie ihm nur vom deutschen Volke und nicht auch von den deutschen Fürsten angeboten worden war, und so war das Verfassungswerk des Frankfurter Parlaments gescheitert. Die Nachricht davon aber war noch einmal das Signal zu schweren Kämpfen. Mit dem Ruf: „Für die deutsche Reichsverfassung" trat man im Königreich Sachsen, in den rheinischen Industriestädten, in der Rheinpfalz und ganz besonders in Baden in den offenen Kampf ein, und nun war **das Ziel weitester Volkskreise,** besonders in Baden, **die deutsche Republik.**

Am 12. Mai versammelte sich in Offenburg der Landesausschuß des im ganzen badischen Lande verbreiteten freiheitlich gesinnten „bad. Volksvereine". Am folgenden Tage aber sah die gleiche Stadt eine aus dem ganzen Land stark besuchte Landes-Volksversammlung. Diese nahm Stellung zu den Ereignissen und faßte in öffentlicher Beratung nach ausführlicher Aussprache folgende Beschlüsse:

1. Die bad. Regierung muß die Reichsverfassung, wie sie nun nach der durch die Ereignisse beseitigten Oberhauptsfrage besteht, unbedingt anerkennen und mit der ganzen bewaffneten Macht deren Durchführung in anderen deutschen Staaten, zunächst in der bayerischen Pfalz, unterstützen.

2. Das gegenwärtige Ministerium ist sofort zu entlassen und Bürger Brentano, Obergerichtsadvokat zu Mannheim, und Bürger Peter, Reichstagsabgeordneter von Konstanz, mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen.

3. Es muß alsbald unter sofortiger Auflösung der jetzigen Ständekammer eine Verfassung gebende Landesversammlung berufen werden, welche in sich die gesamte Rechts- und Machtvollkommenheit des badischen Volkes vereinigt, diese Landesversammlung soll gewählt werden von und aus den sämtlichen volljährigen

Staatsbürgern des Landes und zwar unter Beibehaltung der für die bisherige zweite Kammer bestandenen Wahlbezirke.

4. Es muß ohne allen Verzug die Volksbewaffnung auf Staatskosten ins Leben gerufen werden, und es sind alle ledigen Männer von 18—30 Jahren als erstes Aufgebot sofort mobil zu machen. — Alle diejenigen Gemeindebehörden, welche nicht alsbald die Bewaffnung ihrer Bürger anordnen, sind augenblicklich abzusetzen.

5. Die politischen Flüchtlinge sind sofort zurückzurufen, die politischen Militär- und Zivilgefangenen zu entlassen und alle politischen Prozesse niederzuschlagen, namentlich verlangen wir aber auch die Entlassung derjenigen Militärgefangenen, welche infolge der politischen Bewegungen wegen sogenannter Disziplinar- und Insubordinationsvergehen bestraft wurden.

6. Die Militärgerichtsbarkeit muß aufgehoben werden.

7. Bei dem Heer soll eine freie Wahl der Offiziere stattfinden.

8. Wir verlangen alsbaldige Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr.

10. Es müssen die Gemeinden unbedingt selbständig erklärt werden sowohl was die Verwaltung des Gemeindevermögens als die Wahl der Gemeindevertreter betrifft; es müssen alsbald im ganzen Land neue Wahlen für die Gemeindevertretung stattfinden.

Es werden sämtliche von den sogenannten Kammern in Karlsruhe seit dem 17. Januar l. J. gefaßten Beschlüsse für null und nichtig erklärt und darunter namentlich das sogenannte Wahlgesetz vom 10. v. M., welches einen förmlichen Angriff auf die in den Reichsgesetzen gegebenen Bestimmungen enthält.

12. Die Geschworenengerichte sind für alle Kriminalfälle ohne Unterschied augenblicklich einzuführen, und kein einziger Kriminalprozeß darf mehr vonStrafrichtern entschieden werden.

13. Die alte Verwaltungsbürokratie muß abgeschafft werden und an ihre Stelle die freie Verwaltung der Gemeinden oder anderen Körperschaften treten.

14. Einrichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Uebergewicht der großen Kapitalisten.

15. Abschaffung des alten Steuerwesens, hierfür Einführung einer progressiven Einkommensteuer nebst Beibehaltung der Zölle.

16. Einrichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann. Hierdurch fällt der besondere Pensionsfond für Staatsdiener von selbst weg.

Am gleichen Tag, als die Volksversammlung in Offenburg diese Forderungen aufstellte, brachen in Lörrach, Freiburg und Bruchsal unter dem Militär Aufstände aus, ganz besonders auch in der Bundesfestung Rastatt, und auch in Karlsruhe begann es unter dem Militär bedenklich zu kriseln. Als auch hier am 14. Mai das Militär sich empörte, flohen Großherzog und Gesamtregierung ins Elsaß und in die Pfalz, und der Großherzog bat den König von Preußen um militärische Hilfe.

Der Landesausschuß der badischen Volksvereine übernahm nun die Regierung und rief die badische Republik aus. Am 10. Juni aber trat in Karlsruhe die vom badischen Volk gewählte konstituierende Versammlung (Nationalversammlung) zusammen. Derselben gehörten u. a. aus unserer Gegend an: Lehrer Glaser in Schopfheim, Oekonom Scheffelt in Steinen und Altbürgermeister Kammüller in Kandern.

Um von Preußen militärische Hilfe erlangen zu können, hatten der Großherzog und seine Regierung am 18. Mai feierlich auf die Reichsverfassung Verzicht leisten und dem preußischen Dreikönigsbündnis beitreten müssen. Nun wurde ein preußisches Heer unter dem Oberbefehl des Prinzen Wilhelm von Preußen (später Kaiser Wilhelm 1.) in der Richtung gegen die badisch-pfälzische Grenze in Marsch gesetzt. Es bestand

aus zwei preußischen Armeekorps unter den Generalen von Hirschfeld und Gröben. Dieses preußische Heer wurde unterstützt durch ein Korps Reichstruppen unter General Peuker. Das Heer der badischen Republik stand unter dem Befehl des Polen Louis Mieroslawski, dem als badischer Führer Franz Sigel zur Seite stand. Es bestand zunächst aus den vom Großherzog abgefallenen badischen Truppen. Dazu waren Freiwillige aus den verschiedenen badischen Landesteilen und aus allen deutschen Landesteilen und aus allen deutschen Gauen gekommen, darunter z. B. der Universitätsprofessor Gottfried Kinkel, der Rheinländer Karl Schurz u. a. Auch Schweizer, Franzosen und Polen eilten herbei, um sich dem Heere der badischen Republik anzuschließen.

Nach kleineren Kämpfen in der Pfalz und im hessischen Odenwald kam es zu blutigen Gefechten am 15. Juni bei Ludwigshafen, Mannheim und Ladenburg und am 16. Juni bei Leutershausen, Großsachsen und Lützelsachsen. Als aber eines der preußischen Korps von der Pfalz her kommend am 20. Juni bei Germersheim den Rhein überschritt, zog Mieroslawski das ganze badische Heer bei Philippsburg und Neulußheim zusammen. Hier und ganz besonders bei Waghäusel kam es nun am 21. Juni zu einer Schlacht. Am Vormittag waren die badischen Truppen siegreich, und die Preußen mußten an verschiedenen Stellen zurückziehen. Dazu trug besonders die überlegene badische Artillerie bei. Am Nachmittag aber zogen die Preußen beträchtliche Verstärkungen heran, und Mieroslawski mußte gegen Abend mit seinem ganzen Heer weichen.

Unter heftigen Kämpfen besonders bei Durlach und an der Murglinie zog sich der größere Teil des Revolutionsheeres in die Festung Rastatt zurück und wurde hier am 30. Juni von den Preußen eingeschlossen Andere Teile der Revolutionstruppen werden weiter nach Süden gegen die Schweizer Grenze gedrängt und überschritten diese bei Basel, Rheinfelden und Konstanz Der größte Teil des abgedrängten Revolutionsheeres unter General Sigel, etwa 6000 — 7000 Mann, mußte sich vor den nachdrängenden Preußen über den Schwarzwald zurückziehen und überschritt am 11. und 12. Juli

bei Eglisau die Schweizer Grenze. Die in Rastatt eingeschlossenen Revolutionäre konnten sich bis 23. Juli halten. An diesem Tag mußten sie sich wegen Mangels an Munition und Lebensmitteln der Uebermacht ergeben.

Nun begannen in Freiburg, Rastatt und Mannheim die Standgerichte zu arbeiten. Vierzig Todesurteile, unzählige Zuchthausstrafen, Gefängnisstrafen und Arbeitshausstrafen wurden ausgesprochen und vollzogen.

Am 9. August wurde in Freiburg Friedrich Neff von Rümmingen standrechtlich erschossen und dort auch begraben. Zehn Jahre später wurde seine Leiche nach der Heimat überführt und im heimatlichen Friedhof bestattet. Ein stattliches Grabdenkmal zeigt den Platz an. Am 21. August wurde der ehemalige badische Soldat Gebhard Kromer von Brombach in Freiburg erschossen und daselbst begraben.

Von den zahlreichen übrigen Urteilen seien u. a. folgende Kanderner Urteile angeführt:

Altbürgermeister Joh. Jak. Kammüller in Kandern 8 Jahre Zuchthaus

Bierbrauer Karl Kümmich, Prakt Arzt Karl Senn je 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus.

Landwirt Joh. Georg Kiefer, Schneidermeister Georg Weber, je 2 Jahre Zuchthaus.

Kaufmann Franz Josef Trenkle, Sattler Karl Läuger, Dreher Johann Friedrich Spohr, Landwirt Christoph Jäger, Blumenwirt Johann Georg Keller, je 1 Jahr, 6 Monate Zuchthaus.

Seiler Heinrich Läuger, Rotgerber Johann Jakob Grether, Schuhmacher Jakob Oberlin, Schreiner Wilhelm Frey, Wundarzt Karl Friedrich Knörg, Landwirt Friedrich Kiefer, Rotgerber Johann Georg Kramer, je 1 Jahr Zuchthaus.

Diese Strafen wurden nachträglich noch stark ermäßigt. Nur bei Kammüllers Strafe blieb es.

Ferner erfolgten u. a. folgende Urteile über Bewohner des Markgräflerlandes:

Johann Michael Scheffelt in Steinen, 7 Jahre Zuchthaus.

Schuhmacher Augustin Reinberger in Badenweiler Todesstrafe, verwandelt in 10 Jahre Zuchthaus.

Ziegler Johann Meier in Niederweiler, 6 Jahre Zuchthaus.

Notar Wilhelm H. Rupp in Kirchen, 6 Jahre Zuchthaus.

Rechtspraktikant August Reisky in Müllheim, neun Jahre Zuchthaus.

Altbürgermeister Johann Jakob Sturm in Zienken 6 Jahre Zuchthaus.

Altbürgermeister Johann Jakob Kaltenbach in Sulzburg, 3 Jahre Zuchthaus.

Friedrich Binder in Lörrach, 2 Jahre Zuchthaus.

Andreas Keller in Egringen, 1½ Jahre Zuchthaus.

Der evangelische Pfarrer Wilhelm Wagner in Brombach, 1½ Jahre Arbeitshaus.

Der ehemalige Soldat Ludwig Herzog in Grenzach, 1¼ Jahre Arbeitshaus.

Handelsmann Peter Herlan in Lörrach, 1 Jahr Arbeitshaus.

Landwirt Friedrich Roggenburger in Buggingen 1 Jahr Arbeitshaus.

Außerdem wurden viele andere Markgräfler noch mit geringeren Strafen bedacht. Groß war aber die Schar derer, welche damals einer Bestrafung sich durch die Flucht entzogen. Es sollen aus ganz Deutschland in jenen Sturmjahren etwa 80000 Deutsche ausgewandert sein. Darunter waren tüchtige Köpfe, welche die Heimat gut hätte brauchen können. Viele haben in Amerika später eine große Rolle gespielt und ihrer neuen Heimat wertvolle Dienste geleistet z. B. Karl Schurz, Franz Sigel u. a.

Nach der Niederlage der Revolutionsheere im Juli 1849 wurde ganz Baden von preußischen Truppen be-

setzt und blieb viele Monate besetzt. Die Preußen, besonders die Offiziere, ließen die Bevölkerung den Uebermut des Siegers fühlen. Bezeichnend für die scharfe Stimmung, die daher im Volk gegen die preußischen Bedrücker herrschte, ist einmal die Benennung des Prinzen Wilhelm mit dem Namen „Kartätschenprinz" und dann folgendes als „Badisches Wiegenlied" verbreitetes Gedicht:

1. Schlaf, mein Kind, schlaf leis',
Dort draußen geht der Preuß!
Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht,
Und wer nicht schläft in stiller Ruh,
Dem drückt der Preuß die Augen zu.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis',
Dort draußen geht der Preuß!

2. Schlaf, mein Kind, schlaf leis',
Dort draußen geht der Preuß!
Der Preuß hat eine blut'ge Hand,
Die streckt er übers badische Land,
Wir alle müssen stille sein,
Als wie dein Vater unterm Stein.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis',
Dort draußen geht der Preuß!

3. Schlaf, mein Kind, schlaf leis',
Dort draußen geht der Preuß!
Gott aber weiß, wie lang er geht,
Bis daß die Freiheit aufersteht,
Und wo dein Vater liegt, mein Schatz,
Da hat noch mancher Preuße Platz!
Schrei, mein Kindlein, schrei's,
Dort draußen liegt der Preuß!

Besonders stark besetzt war naturgemäß unser damals außerordentlich unruhiges Markgräflerland, und die Gemeindearchive der Gegend enthalten da manches interessante Aktenstück aus jener Zeit. So geht aus Akten der Gemeindearchive Steinen und Höllstein hervor, daß am 6. August 1849 in Steinen eine große Parade vor dem Prinzen Wilhelm von Preußen abgehalten wurde. Denn eine Rechnung des Zimmermeisters Kohler in Steinen verlangt für Errichtung eines

Bezahlung

Triumphbogens zu dieser Parade und ein Schreiben benachrichtigt den Fabrikanten, Oberst Geigy, in Steinen davon, daß Prinz Wilhelm mit Gefolge bei ihm die Mahlzeit einnehmen werde, und schreibt ihm ausdrücklich die Weinsorten vor, die er dazu aufzustellen habe. Eine Rechnung des Tannenwirts Sütterlin aber verlangt Vergütung für 51 Maß Wein, 5 Maß Bier, 23 Pfund Käse und 15 Laib Brot, die Verköstigung der von der Parade vor dem Prinzen von Preußen zurückgekehrten in Höllstein einquartierten 4. Kompagnie des 25. preußischen Infanterieregiments.

Nachdem im Juli 1849 die Großh. Regierung die Geschäfte wieder übernommen hatte, und nachdem auch der Großherzog Mitte August wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt war, begann auch vonseiten der Großh. Verwaltungsbehörden eine scharfe Reaktion im ganzen Lande. Die Bezirksämter und Gendarmeriekommandos mußten der Regierung eingehend berichten über die Stimmung in den einzelnen Gemeinden. Ungünstige Berichte liegen besonders vor über Lörrach, Grenzach, Steinen, Kandern u. a. Orte, und zahlreiche Beamte, Aerzte, Geistliche, Lehrer, Bürgermeister, Gemeinderäte u. a. Leute wurden als aufrührerisch gemeldet und dann entsprechend gemaßregelt. Auch von privater Seite regnete es Denunziationen und infolgedessen zahlreiche Maßregelungen. So wurden u. a. als aufrührerisch gemeldet: Der evangel. Pfarrer Raupp in Mappach, Stadtvikar Schellenberg in Lörrach, Pfarrer Lammert in Kirchen, die Lehrer Wenk in Lörrach, Haug in Weil, Schuhmacher in Warmbach, Graß in Degerfelden, Meier in Herten, Hartung in Tannenkirch, Haag in Eimeldingen, Duschilio in Efringen, Gräßlin in Hauingen, Schöpflin in Mappach, Würslin in Riedlingen, Fribolin in Steinen, Böhler in Wyhlen, Schwehr in Stetten, der Großh. Amtschirurg Ries in Lörrach, Ingenieurpraktikant Fischer in Efringen, der praktische Arzt Dr. Brodbag in Lörrach und viele andere.

Besonders gesäubert wurde auf den Rathäusern, und es wurden damals abgesetzt in Brombach: Bürgermeister Marx, in Degerfelden: Gemeinderat Brod-

mann, Bürgerausschußmitglied Andreas Ueberlin. Efringen: Bürgermeister Kramer, Gemeinderat Ernst. Egringen: Bürgermeister Enderlin, Gemeinderat Hagist, Gemeinderat G. Müller, Bürgerausschußmitglied Georg Ziegler. Eimeldingen: Bürgermeister Hagist, Gemeinderat Fünfschilling-Schmidt. Grenzach: Gemeinderat Oertlin, Bürgerausschußmitglied Georg Friedr. Haberer, Bürgerausschußmitglied Christian Oertlin. Haltingen: Bürgermeister Fingerlin, Gemeinderat Hagist. Hauingen: Bürgermeister Brenneisen, Bürgerausschußmitglied Joh. Jak. Dürr. Höllstein: Gemeinderat Stadler, Gemeinderat Dietz. Holzen: Gemeinderat Bauer, Gemeinderat Sieglin. Istein: Gemeinderat Bollinger, Bürgerausschußmitglied Peter Wunderlin, Bürgerausschußmitglied Sebastian Brändlin. Kleinkems: Bürgermeister Rothburger Lörrach: Bürgermeister Wenner, Gemeinderat Feltkirchner, Gemeinderat Gutermann. Oetlingen: Gemeinderat Hummel, Gemeinderat Koger, Bürgerausschußmitglieder Joh. Friedr. Müller, Jakob Rösch, Jakob Friedr. Ruser. Rümmingen: Gemeinderat Pflüger, Gemeinderat Kaufmann. Schallbach: Bürgermeister Frey. Steinen: Bürgermeister Stadler, Gemeinderat Pflüger, Gemeinderat Scheffelt, Bürgerausschußmitglied Fritz Sturm. Hüfingen: Bürgermeister Schöpflin, Gemeinderat Sturm. Gemeinderat Schöpflin, Gemeinderat Bechtel. Weil: Bürgermeister Ziegler, die Gemeinderäte Fingerlin. Joh. Georg Mehlin, Enderlin, Möhrlin und alle Mitglieder des Bürgerausschusses. Wyhlen: Bürgermeister Roder. Gemeinderat Soder, Gemeinderat Bürgin usw. (Siehe: Th. Scholz „Revolutionäre" Müllheim 1926.)

Mitte Juli 1849 war ein Verwaltungsbeamter von der Regierung in den Bezirk Lörrach geschickt worden, um über die Zustände der Gegend zu berichten. Dieser meldete u. a. folgendes: „In einzelnen Gemeinden hatte die fortgesetzte Agitation vom In- und Ausland, besonders aber auch durch die Tätigkeit der Volksvereine den Erfolg gehabt, daß die Uebelgesinnten die Mehrzahl bildeten. Solche Gemeinden sind: Lörrach, Steinen, Efringen, Hüfingen, Inzlingen und Weil,

welche sich durch schlechte Gesinnungen auszeichneten; doch bestanden nur in den Orten Lörrach, Steinen, Efringen und Kandern Volksvereine." In einem späteren Bericht wird z. B. Tüllingen als eine sehr ruhige und brave Gemeinde bezeichnet.

Wenn wir uns heute alle diese Dinge überlegen, und wenn wir alle die Gemaßregelten und Verurteilten an unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, und ganz besonders bedenken, welchen Ständen diese Männer von 1849 angehört haben, so werden wir die Sturmjahre 1848 und 1849 ganz anders beurteilen, als das vielfach bisher geschehen ist. Hören wir übrigens Tim Klein in seinem Buch „Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit", was er da z. B. über die Urteile der Standgerichte von 1849 sagt:

„Zur Wiederherstellung des schwer erschütterten Rechtsgefühls dienten die Standurteile nicht, zumal sie nicht von einem heimischen Gerichtshof gefällt waren. Die standrechtlich Erschossenen büßten zum geringsten Teil eine persönliche Schuld, sondern sie büßten für die Gesamtschuld der Parteien wie der Regierungen, der Völker wie der Fürsten."

Karl Schurz, der Befreier des Dichters Gottfried Kinkel und spätere amerikanische Feldherr und Staatsmann aber schreibt:

„Was dem deutschen Volke die Erinnerung an den Frühling 1848 besonders wert machen sollte, ist die begeisterte Opferwilligkeit für die große Sache, die damals mit seltener Allgemeinheit fast **alle Gesellschaftsklassen** durchdrang. Das ist eine Stimmung, die, wenn sie auch zuweilen phantastische Uebergriffe veranlassen mag, ein Volk in sich achten, deren es sich gewiß nicht schämen soll. Es wird mir warm ums Herz, so oft ich mich in jene Tage zurückversetze. Ich kannte in meiner Umgebung viele redliche Männer, Gelehrte, Studierende, Bürger, Bauern, Arbeiter mit und ohne Vermögen, mehr oder minder auf ihre tägliche Arbeit angewiesen, um sich und ihren Angehörigen einen anständigen Lebensunterhalt zu sichern, ihrem Beruf ergeben, nicht allein aus Interesse, sondern aus Neigung;

aber damals jeden Augenblick bereit, Stellung, Besitz, Aussichten, Leben, alles in die Schanze zu schlagen für die Freiheit des Volkes und für die Ehre und Größe des Vaterlandes. Man respektierte den, der bereit war, sich für eine gute und große Idee totschlagen zu lassen. Und wer immer, sei es Individuum oder Volk, Momente solch opferwilliger Begeisterung in seinem Leben gehabt hat, der halte die Erinnerung in Ehren."

Wenn wir uns nun zum Schluß überlegen, ob die Sturmzeit der Jahre 1848 und 1849 für uns etwas Positives bedeutet, so denken wir ganz besonders an das Frankfurter Parlament und seine Arbeit.

Das Frankfurter Parlament vollendete im Wesentlichen zwei große Arbeiten, die Grundrechte des deutschen Volkes und die Verfassung für ein neues Deutsches Reich.

Die endgültige Reichsgründung scheiterte damals an der Zwietracht der beiden führenden Staaten Preußen und Oesterreich und deren Regenten, die einander den Vorrang in Deutschland streitig machten, und der König von Preußen lehnte im April 1849 die ihm angebotene Kaiserkrone ab. Die Geschichte hat aber dieser Arbeit der ersten deutschen Nationalversammlung dennoch Genugtuung und Erfolg verschafft. Die Bausteine, welche die Männer der Paulskirche zur Gründung des Deutschen Reiches so mühsam zusammengetragen hatten, schienen zwar durch den noch im Jahre 1849 einsetzenden Reaktionssturm zerstreut und zerbröckelt. Als aber der neue Baumeister des Reiches, Bismarck, in den sechziger Jahren sein Werk begann, als er 1867 die Verfassung des Norddeutschen Bundes und 1871 die des deutschen Kaiserreiches ausarbeitete, da suchte er wieder die alten Quadersteine der Grundrechte des deutschen Volkes zusammen, damit diese dem jetzt auf formaler Verfassung ruhenden neuen Deutschen Reich den dauernden inneren Halt geben sollten.

Als dann nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches im November 1918, 70 Jahre nach dieser ersten deutschen Nationalversammlung, das deutsche Volk seine Geschicke selbst in die Hand nehmen und sein

Staatswesen in den Nöten dieser Zeit neu aufbauen mußte, da führte die Arbeit der Nationalversammlung von Weimar ganz naturgemäß zu der Arbeit des Frankfurter Parlaments zurück, zu jenen Grundrechten des deutschen Volkes, die einst 70 Jahre vorher in der Frankfurter Paulskirche aufgestellt worden waren. Bismarck hatte 1867 und 1871 die kostbarsten Stücke beiseite geschoben. Jetzt im Jahre 1919 legte man die gesamten „Grundrechte des deutschen Volkes" der Verfassung der deutschen Republik zugrunde, und nun war die Gesetzesarbeit der Männer der Paulskirche doch nach 70 Jahren wenigstens zu dem gediehen, was ihre Schöpfer einst von ihr erhofft hatten, zur „Magna Charta" des deutschen Volkes.

Quellenverzeichnis.

1. H. Blum „Die deutsche Revolution 1848—1849".
2. W. Blos „Die deutsche Revolution" Stuttgart 1893.
3. Tim Klein „Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit".
4. Fr. Lautenschlager „Volksstaat und Einherrschaft" Konstanz 1920.
5. Th. Scholz „Revolutionäre", Müllheim 1926.
6. W. Blos „Badische Revolutionsgeschichten", Mannheim 1910.
7. H. Scherrer „Der Aufstand in Baden und der Rheinpfalz 1849", Leipzig 1911.
8. Gemeindearchive Steinen und Höllstein.